

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Jobticket für die Beschäftigten der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe**

Bezug:

Anlagen:

Beschlussantrag:

Der Zuschuss für das Jobticket für die Beschäftigten der Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe wird zum 01.01.2025 auf 35,10 EUR im Monat erhöht.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2024	Folgejahr
DEZ00 THH_1 FB10	Dezernat 00 OBM Boris Palmer Kommunale Steuerung u. Innere Verwaltung Kommunales			EUR	
1125 Mobilitätsmanagement		18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-644.480	
			<i>davon für diese Vorlage</i>	-352.480	-413.200

Im Entwurf der Verwaltung für den Haushalt 2025 sind insgesamt 413.200 Euro auf der Produktgruppe 1125 „Mobilitätsmanagement“ als Zuschuss für das Jobticket eingestellt. Gegenüber 2024 bedeutet dies eine Erhöhung um 60.720 Euro (Planansatz 2024: 352.480 Euro).

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Der Preis für das Deutschlandticket erhöht sich zum 01.01.2025 von 49 Euro auf 58 Euro im Monat. Damit die Beschäftigten Planungssicherheit haben und gegebenenfalls auch rechtzeitig, spätestens zum 10.12.2024, ihr Deutschlandticket in Form eines Jobtickets zum 01.01.2025 kündigen können, ist eine Beschlussfassung über die weitere Bezuschussung des Jobtickets für die Beschäftigten der Stadt und deren Eigenbetriebe vor dem Haushaltsbeschluss erforderlich.

2. Sachstand

Mit Beschluss des Haushalts 2023 hat der Gemeinderat die erforderlichen Mittel bereitgestellt, damit die Stadtverwaltung ihren Beschäftigten (inkl. der Eigenbetriebe) das Deutschlandticket als Jobticket für 14 Euro im Monat anbieten kann. Das Angebot wird von den Beschäftigten sehr gut angenommen, derzeit (Stand Mitte Oktober 2024) beziehen über 1000 Personen das Jobticket.

Zum 01.01.2025 erhöht sich der Preis für das Deutschlandticket auf 58 Euro im Monat. Wird das Deutschlandticket als Jobticket abgegeben, wird dies um 5% ermäßigt. Damit dieser Rabatt gewährt werden kann, muss die Stadtverwaltung einen Zuschuss von mindestens 13,78 Euro im Monat gewähren. Dies würde einen Abgabepreis von 41,32 Euro ergeben.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Stadtverwaltung schlägt vor, den Preis für das Jobticket von bisher 14 Euro auf 20 Euro zu erhöhen. Damit bleibt auf der einen Seite ein weiterhin sehr attraktives Angebot für die Beschäftigten bestehen, welches sowohl zur Mitarbeitendenbindung führt als auch zu einer klima- und umweltfreundlichen Anreise Anreize setzt. Auf der anderen Seite trägt die Erhöhung des Preises der angespannten Haushaltslage Rechnung.

Die Anzahl der Jobticketbezieherinnen und –bezieher hat sich im laufenden Jahr deutlich erhöht. Die Verwaltung geht davon aus, dass die allermeisten Beschäftigte auch weiterhin das Jobticket beziehen werden. Damit erhöht sich der prognostizierte Zuschuss im Jahr 2025 um 60.720 Euro auf insgesamt 413.200 Euro.

4. Lösungsvarianten

4.1. Das Jobticket wird weiterhin für 14 Euro im Monat abgegeben. Damit ergibt sich ein Mehraufwand von weiteren 70.630 Euro. Der Gesamtzuschuss beläuft sich dann auf 483.830 Euro.

4.2. Das Jobticket wird für 41,32 Euro im Monat ausgegeben. Damit sinkt der Zuschuss auf insgesamt 162.220 Euro. Dies führt zu Einsparungen von 190.260 Euro.

4.3. Die Stadtverwaltung bietet das Jobticket nicht mehr an.

5. Klimarelevanz

Das Jobticket setzt Anreize, damit Beschäftigte klimafreundlich zur Arbeit gelangen können.

